

## Schlag gegen Schleuser

Razzia mit Schwerpunkt in Thüringen

Mit Razzien in fünf Bundesländern ist die Polizei gegen eine mutmaßliche Schleuserbande vorgegangen. Laut der zuständigen Staatsanwaltschaft in Gera und der Bundespolizei wurden 19 Wohnungen und Geschäftsräume in Thüringen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt durchsucht. Schwerpunkt sei Jena in Thüringen gewesen.

Gegen fünf Männer im Alter zwischen 23 und 57 Jahren seien Haftbefehle vollstreckt worden, hieß es. Die in Jena, Sondershausen und Bad Sulza festgenommenen drei syrischen und zwei irakischen Staatsangehörige sollen später noch dem Haftrichter vorgeführt werden. Der Verdacht des banden- und gewerbsmäßigen Einschleusens richtet sich insgesamt gegen 18 Beschuldigte aus Syrien, Irak und Bulgarien. Die bereits seit dem vergangenen Jahr laufenden Ermittlungen deuten darauf hin, dass die mutmaßlich international vernetzte Schleuserbande seit Dezember 2022 mindestens 140 Menschen über die Westbalkanroute nach Deutschland gebracht haben.

Die auf verschiedenen Schleuserwegen ab Kroatien oder ab der Slowakei eingeschleusten sollen laut Staatsanwaltschaft in Jena in einer eigens dafür eingerichteten konspirativen Wohnung untergebracht worden sein. Für die Schleuser sollen Kleintransporter genutzt worden sein. Zur Bezahlung sollen den Angaben nach zwei Beschuldigte im Alter von 30 und 63 Jahren das sogenannte „Hawala-Banking“ genutzt haben. Bei diesem informellen Zahlungssystem wird Bargeld über Mittelsmänner transferiert.

Für eine Schleuserfahrt von der Slowakei nach Deutschland sollen den Angaben nach rund 700 Euro verlangt worden sein. Sollte die Schleuser weiter ins europäische Nachbarland gehen, sollen weitere 500 Euro pro Person gefordert worden sein. Bei einer Schleuserfahrt mit zwei Fahrzeugen und zehn Personen seien so rund 12.000 Euro zusammengekommen. Die Ermittler seien der Bande auf die Spur gekommen, nachdem mehrmals Transporter auf der Westbalkanroute aufgehalten worden seien. Aus diesen Einzelfällen habe sich dann das große Ganze ergeben, so ein Sprecher der Bundespolizei. Die Köpfe der mutmaßlichen Bande saßen demnach in Jena und Sondershausen. (dpa)

# Es droht ein Nuklearkrieg in Europa

Die USA verlagern mit ihren Raketen Sicherheitsrisiken auf Deutschland. Ein Gastbeitrag

ERICH VAD

Medial kaum kritisch gewürdigt und ohne öffentliche Diskussion vereinbarten die Regierung der USA und die deutsche Bundesregierung am Rande des Nato-Gipfels am 10. Juli 2024, ab 2026 Raketen, Marschflugkörper und Überschallwaffen mit Reichweiten zwischen 460 und 3000 Kilometern in Deutschland aufzustellen. In der Begründung heißt es, dass eine Befähigungslücke der Nato bei landgestützten Waffensystemen gegenüber vergleichbaren russischen Systemen, wie etwa die Iskander-Raketensysteme im Oblast Kaliningrad, geschlossen werden müsse. Bei der Implementierung geht es vor allem darum, den USA im Kriegsfall aus Deutschland heraus den Einsatz von Waffensystemen zu ermöglichen, mit denen sie mit minimalen Flugzeiten der Geschosse in die Tiefe Russlands zur Neutralisierung entsprechender russischer Basen wirken können, ohne dass sich die USA selbst gefährden.

### Moskau wird reagieren

Im schlimmsten Fall wird damit die Sicherheit Deutschlands, vielleicht sogar Europas, von der Sicherheit Nordamerikas getrennt werden und ein auf Europa beschränkter Nuklearkrieg möglich. Ein außen- und sicherheitspolitisches No-Go aus deutscher Sicht! Als Folge wird Russland mit einer weiteren Stationierung von Mittelstreckensystemen im Westen des Landes beziehungsweise in Belarus reagieren, die unser Land noch stärker ins Visier russischer Nuklearwaffen nehmen. Damit beginnt zwangsläufig eine Aufrüstungsspirale mit Deutschland im Zentrum.

Die bilaterale amerikanisch-deutsche Vereinbarung reagiert zwar auf eine entsprechende russische Bedrohung und erhöht beziehungsweise verstärkt die militärische Abschreckung des Nato-Bündnisses. Da jedoch Deutschland im Kriegsfall das Aufmarschgebiet und die logistische Plattform des Bündnisses wäre, wird die in Gänze schutzlose deutsche Bevölkerung einem sehr hohen Risiko ausgesetzt, ohne dass sie dazu selbst gefragt wird. Das Risiko im Kriegsfall betrifft zudem exklusiv unser Land und wird nicht von anderen Bündnispartnern geteilt.

Beim Nato-Nachrüstungsbeschluss 1979 war das noch ganz anders: Damals waren weitere Bündnispartner bereit, Raketensysteme der USA auf ihrem Territorium zu stationieren. Die Tragweite der Ent-



Ein Tomahawk-Marschflugkörper wird von einem Schiff der U.S. Navy abgefeuert.

JARET MORRIS/AFP

## Das Risiko im Kriegsfall betrifft exklusiv unser Land und wird nicht von anderen Bündnispartnern geteilt.

scheidung wurde mit anderen Bündnispartnern geteilt und darüber hinaus mit Abrüstungsmaßnahmen verbunden.

Gerade Deutschland legte damals sehr viel Wert darauf, sich nicht, so wie bei dem kürzlich getroffenen Beschluss, sicherheitspolitisch singularisieren zu lassen. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt knüpfte sein politisches Überleben an diese bündnispolitisch wichtige und hinsichtlich der nationalen Interessenlage existenzielle Frage. Helmut Kohl setzte schließlich als Bundeskanzler den

Beschluss 1983 regierungsseitig durch – nach einer ausgiebigen Befassung und Abstimmung im Deutschen Bundestag.

Zudem gab es eine breite, kontroverse, innenpolitische sowie bündnisinterne Diskussion. Eine damals relativ neue politische Partei, die Grünen, profilierte sich in dieser Debatte und führte die öffentliche Frontstellung gegen eine einseitige Stationierung an. Schließlich erfolgte zwar die Stationierung, dies aber im aus deutscher Sicht unverzichtbaren Verbund mit Diplomatie, Dialog und deeskalierenden

Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen.

Die jetzige Stationierungsabsicht dagegen hat zahlreiche kritische, hinterfragbare und politisch zu diskutierende Schwachpunkte: Zunächst handelt es sich um eine lediglich bilaterale, nicht eine gemeinsam im Nato-Bündnis getroffene Vereinbarung. Die getroffene bilaterale Entscheidung erfolgte zudem nicht nach einer entsprechenden vertieften bündnisinternen Diskussion. Die Stationierung erfolgt entgegen dem Prinzip der Lasten- und Risikoteilung ausschließlich in Deutschland, das sich damit politisch und bezogen auf seine Sicherheit dramatisch exponiert und singularisiert. Die Stationierung der amerikanischen Waffen in Deutschland unterliegt im Kriegsfall nicht einer souveränen, nationalen Entscheidungs macht. Zumindest ist das in der Erklärung nicht geregelt.

### Unkontrollierbare Reaktionen

Eine öffentliche, politische und parlamentarische Diskussion und Befassung dieses schwerwiegenden Beschlusses unterblieb bislang. Dabei hat er sowohl sicherheitsfördernde, aber eben auch massiv unsere Sicherheit gefährdende Seiten. Die Stationierungserklärung ermöglicht gerade mit Blick auf die Hyperschallwaffen eine Überraschungsoption gegenüber Russland, die im Kriegsfall zu unkontrollierbaren Fehlperzeptionen und Gegenaktionen führen könnte, die ausschließlich unser Land betreffen würden. Zudem sind eine entsprechende Adaptierung der nuklearen Zielplanung Russlands gegenüber Deutschland sowie eine nukleare Nachrüstung Russlands absehbar.

Außerdem gibt es keine politische Verbindung der beabsichtigten Stationierung mit Abrüstungsangeboten und -maßnahmen. Auch die Möglichkeit, mit Russland über die Stationierung sicherheitsfördernd für Deutschland in Austausch zu treten, ist nicht vorgesehen. In der notwendig zu führenden politischen Debatte ist es dringend geboten, diese kritischen Punkte zu thematisieren. Zudem sollte die Bundesregierung mit der neuen amerikanischen Administration im Herbst 2024 über ein Nachfolgeabkommen des INF-Vertrages mit entsprechenden Verifikationsmechanismen sprechen, das aus europäischer Sicht unverzichtbar ist für unsere Sicherheit.

Erich Vad ist Brigadegeneral a.D. und war von 2007 bis 2013 Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und Militärpolitischer Berater der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

## Ukraines Präsident baut Regierung um

Auch Außenminister Kuleba tritt zurück

Eine umfassende Regierungsumbildung in der Ukraine soll dem Land nach den Worten von Präsident Wolodymyr Selenskyj „neue Energie“ bringen. Am Mittwoch teilte das ukrainische Parlament mit, dass neben einigen anderen Ministern auch Außenminister Dmytro Kuleba sein Amt zur Verfügung stelle. Derweil gingen die russischen Luftangriffe auf die Ukraine weiter – in der westukrainischen Stadt Lwiw im Westen des Landes wurden mindestens sieben Menschen getötet.

„Wir brauchen neue Energie“, antwortete Selenskyj auf eine Frage nach den Gründen für die Regierungsumbildung. „Und diese Schritte hängen zusammen mit der Stärkung unseres Staates in unterschiedlichen Bereichen.“ Die Ukraine setzt sich bereits zweieinhalb Jahre gegen den russischen Angriffskrieg zur Wehr. Er sei den Ministern und dem gesamten Kabinett „sehr dankbar“, fügte Selenskyj hinzu.

Am Dienstagabend hatte der Fraktionschef der ukrainischen Regierungspartei Diener des Volkes, David Arachamia, mitgeteilt, dass mindestens sechs Regierungsvertreter ihren Rücktritt eingereicht hätten. Zu ihnen gehörten die Minister für Strategische Industrien, Justiz und Umweltschutz. Am Mittwochvormittag teilte Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk mit, dass auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba sein Amt zur Verfügung stelle. Das Parlament habe ein Rücktrittsgesuch erhalten und werde in Kürze darüber abstimmen. Gründe für den Rücktritt des ukrainischen Chefdiplomaten wurden zunächst nicht genannt. Schon seit Wochen hatte es jedoch Spekulationen über ein bevorstehendes Ausscheiden Kulebas aus der Regierung gegeben. So hatte ein hochrangiger Mitarbeiter im ukrainischen Präsidialamt kürzlich die Arbeitsweise des von Kuleba geführten Ministeriums kritisiert.

Kuleba ist seit 2020 im Amt. Der 43-Jährige ist in seiner Heimat äußerst beliebt und international bekannt. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 warb er bei zahlreichen Auslandsreisen um Unterstützung für sein Land und setzte sich für Sanktionen gegen Moskau ein.

Ukrainischen Medien zufolge soll Kuleba durch seinen bisherigen Stellvertreter Andrij Sybiga ersetzt werden, einen ehemaligen Vize-Leiter des Präsidialamts. (AFP)



Berliner  
TRAUERPORTAL

Ihr Ort  
für  
Erinnerungen

„Ein Mensch lebt weiter,  
solange man sich an ihn erinnert.“

Kondolieren, Gedenken, Erinnern.

trauer.berlinerverlag.com